

Was nottut!

Die wirtschaftspolitische Wochenschau der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung befaßt sich diesmal, nachdem sie in der letzten Betrachtung ziffernmäßig nachgewiesen hatte, daß jeder Versuch, uns auszuhungern, für jede beliebige Kriegsdauer scheitern muß, mit der Versorgung im neuen Erntejahr, deren Maß außer von der Bitterung von mannigfachen Umständen, wie Menge der Einfuhr, den vorhandenen Arbeitskräften, Futter- und Düngemitteln, Zugvieh usw. abhängt, und die von der neuen Zentralorganisation natürlich nicht wesentlich vermehrt werden kann. Trotzdem werde, so fährt die Betrachtung fort, die wohl eine Programmardarlegung des neuen Kriegsernährungsamts darstellt, natürlich im einzelnen für die Förderung der Produktion mancherlei Wirksames geschehen können und geschehen:

Die Aufgabe besteht darin, erwünschte Produktion mit allen Mitteln zu erleichtern. Dazu gehört, daß man in der Beurlaubung und Bereitstellung von Arbeitskräften so weit geht, als sich mit den militärischen Bedürfnissen irgend vereinigen läßt, daß man in möglichst ausgedehnter Weise für Beratung und Unterweisung der daheimgebliebenen landwirtschaftlichen Betriebsleiter und -leiterinnen sorgt, daß man Transport Schwierigkeiten aller Art aus dem Wege räumt, daß man die nur in knapper Menge verfügbaren Erzeugungsmittel nicht nur gleichmäßig verteilt, sondern vor allem auch denen zutommen läßt, bei denen die beste Verwertung verbürgt ist. In dieser Hinsicht wird beispielsweise der Gedanke erwogen, durch Bereitstellung von Futtermitteln zu mäßigem, unter den Selbstkosten liegendem Preise (der Unterschied wird aus öffentlichen Zuschüssen zu decken sein) die Beteiligung an der Viehmast auch den finanziell schwächeren, kleinen Betrieben in größerem Umfange als bisher zu ermöglichen gegen die Verpflichtung, das Vieh zu festgesetzten Preisen abzuliefern.

Neben der Produktionsförderung steht als zweite Hauptaufgabe die Verteilungs- und Versorgungsregelung. Auch hier muß man vor der theoretischen Anschauung warnen, daß es denkbar sei, die jeweilig vorhandenen Vorräte mit gewissermaßen mathematischer Genauigkeit auf alle Gegenden, alle Märkte, alle Haushaltungen des Deutschen Reiches gleichmäßig zu verteilen. Weder die Menschen noch die Vorräte sind Schachfiguren, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. Die Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung ist, zumal in den Klein- und Mittelbetrieben, denen der bei weitem größte Teil des deutschen Bodens gehört, so tief in ihren ganzen Wirtschafts- und Lebensbedingungen und Gewohnheiten verwurzelt, daß der Versuch, ihre Grundlagen anzugreifen, unweigerlich scheitern und dabei zu Ergebnissen führen müßte, deren Schaden für die Gesamtversorgung ungleich größer wäre als der Gewinn an Vorräten, der erzielt werden könnte. Wirksamer Zwang setzt eine Befehls- und Aufsichtsgewalt voraus, die ständig eingreifen kann und tatsächlich eingreift. Glaubt jemand im Ernste, daß es möglich wäre — zumal jetzt im Kriege, wo alle unsere Ausführungsbehörden mit erheblich vermindertem Personal arbeiten —, die Nahrungsmittelerzeugung im ganzen solchem Zwange zu unterwerfen, in den Millionen von Erzeugungstätten vom Großgut bis zum Stall und Acker des Rätters oder Landarbeiters?

Einiges ist durch kräftigen Zugriff auf die noch in spekulativen Händen und im Handel angehäuften Lebensmittelvorräte zu erreichen (auf dieser Linie liegt ja auch beispielsweise die in der abgelaufenen Woche angeordnete allgemeine Fleischbestandsaufnahme, deren weitere Ausdehnung in Frage steht), einiges auch durch die Niederlegung mancher zwischen einzelnen Reichs- und Landesteilen aufgerichteten Verkehrsbarrieren. Besonders wichtig ist dann aber die möglichste Beseitigung der Störungen auf der untersten Stufe der Versorgung, also beim Erwerb der Lebensmittel durch die Verbraucher selbst. Die Grundlage bildet natürlich die möglichst reichliche, möglichst ununterbrochene Zuteilung der Vorräte an die Verbrauchszentren. Sie liegt bei den wichtigsten Nahrungsmitteln schon jetzt in den Händen zentraler, durch das ganze Reich hindurch disponierender Stellen. Ihre Tätigkeit, an der grundsätzlich nichts geändert zu werden braucht, wird hinfort der Überwachung des Kriegsernährungsamts unterliegen. Mit der Zuteilung der Gesamtmengen an die Verbrauchszentren ist indes das Problem nicht gelöst. Gerade bei der Unterverteilung an die Verbraucher selbst haben sich sehr oft Mißbilligkeiten und Störungen ergeben. Sie können durch zweckmäßige Organisationen beseitigt werden. Am vollständigsten sind sie zu beheben, wenn den Verbrauchern, die diese Erleichterung wünschen, der Einkauf der einzelnen Lebensmittel und ihre Veritung ganz abgenommen und die fertigen Mahlzeiten verabreicht werden. Dadurch verschwinden alle Reibungen, die sich auf dem Wege von den örtlichen Verteilungsstellen bis in die Küche des Einzelhaushalts einstellen. Dadurch wird es möglich, die Gestaltung der Mahlzeiten dem gerade vorhandenen Lebensmittelangebot in der rationellsten Weise anzupassen und dieses Angebot vollkommener als sonst für die Versorgung auszunützen. Dadurch kann endlich die Wirkung der Teuerung gemildert, kann — was innerhalb des Einzelhaushalts kaum erreichbar ist — kräftige Nahrung zu billigem Preise geboten werden. Das Kriegsernährungsamt wird es den Stadtverwaltungen, namentlich den industriellen Zentren, erleichtern, die Massenpeisung, die in einigen Gemeinden bereits

mit großem Erfolge durchgeführt wird, auf möglichst breiter Grundlage zu organisieren.

Aus den bemerkenswerten Darlegungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist auch zu ersehen, daß die Z.-E.-G., die vielangesehene Gesellschaft, bei der die ganze Einfuhr von Lebensmitteln vereinigt ist und die für die Verteilung der eingeführten Mengen zu sorgen hat, grundsätzlich bestehen bleibt, in ihrer Tätigkeit aber der Aufsicht des neuen Kriegsernährungsamtes unterstellt wird. Diese Aufsicht ist nicht überflüssig, denn bisher hat die Politik und die Geschäftsführung der Gesellschaft manchen Schuldstrich auf ihr Konto gebracht. Auch wer die Bändigung des wilden Aufkäuferwesens durch eine zentrale Einfuhrorganisation für nützlich hält, muß es doch sehr bezweifeln, ob die starre Politik, mit der die Gesellschaft arbeitet und jede selbständige Betätigung des Handels ausschließt, u.erer Versorgung nützlich gewesen ist. In langer Reihe sind uns Fälle bekannt geworden, daß große Mengen von Waren jeder Art ausländischer Herkunft deshalb dem inländischen Verkehr nicht zugeführt worden sind, weil die Z.-E.-G. hartnäckig darauf bestand, daß die Ware an sie abgeliefert werden müßte. Abgesehen davon, daß dieser Umweg in allen Fällen eine Verteuerung bedeutete, endeten diese Unterhandlungen meistens damit, daß das Geschäft scheiterte, und die Ware in Länder ging, die sie ohne Schwierigkeiten aufnahmen. Glücklicherweise hat die Gesellschaft, wie wir in der Ersten Morgen-Ausgabe mitgeteilt haben, jetzt selbst die erste Bresche in ihre starre Politik gelegt und wenigstens die Einfuhr von Schweizer Käse unter gewissen Bedingungen dem Handel überlassen. Dringender ist diese Betätigungsmöglichkeit auch für die Versorgung mit Eiern, in der gegenwärtig eine recht unangenehme Stöckung eingetreten ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln jedem Aufkäufer freizugeben, möchten wir nicht empfehlen; wohl aber müßte mit Einfuhr-erlaubnissen an bewährte, vertrauenswürdige und sachkundige Händler weitherzig verfahren werden.